

Anträge der CDU-Fraktion anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2007

1. Die Verwaltung stellt bei der Landesregierung den Antrag, eine Regelung zum Finanzausgleich von Ausgaben für die Ganztagesbetreuung zu schaffen. Die Kommunen, von denen die Schüler kommen, müssen diese Lasten mittragen. Unabhängig davon verhandelt die Verwaltung stetig weiter mit den Umlandgemeinden über eine Finanzbeteiligung an den Schulprojekten.
2. In der Pestalozzischule fehlen zwei Unterrichtsräume. Wir beantragen, baldmöglichst zu prüfen, ob entweder zwei angemietete Containerräume oder ein entsprechender Massivbau auf dem Dach der Gymnastikhalle dafür errichtet werden können. Dies gilt dann, wenn nicht bald – bis Frühjahr 2007 – geklärt ist, ob es eine günstigere Schulraumlösung in der alten Post gibt.
3. Wir beantragen, im Jahr 2008 eine gründliche Renovierung der Pestalozzischule durchzuführen. Wenn schon Kellerräume für den Unterricht unumgänglich sind, dann wenigstens in ordentlichem Gesamtzustand der Schule.
4. Für die weiterführenden Schulen wird ein Sozialarbeiter als Vollzeit-Stelle eingestellt. Wir müssen die veränderten Gegebenheiten in unserer heutigen Gesellschaft nicht nur bedauern, sondern darauf reagieren. Zudem schlagen wir vor, den Bereich Schulsozialarbeit generell zu stärken.
5. Wir beantragen, dass die Stadt bald wieder ein Projekt zur Betreuung der schwierigen Personengruppe junger Deutschen aus Russland startet. Es bedarf eines Sozialarbeiters/Street Workers mit Muttersprache russisch, der von den Betroffenen auch angenommen wird. Auch der Landkreis gehört dabei wieder in die Pflicht.
6. Wir beantragen, weitere Kreisverkehre anzulegen, zunächst als Provisorien. Alle bisherigen Erfahrungen mit Kreisverkehren sind positiv. Auch den neuralgischen Punkt Kawag-Kreuzung ist weiter zu verfolgen. Wichtig sind aber auch die Kreuzungen an den Ausfallstraßen – dort wo viele Verkehrsteilnehmer in die Vorfahrtstraße links einbiegen müssen.
7. Am Beginn der Maubacher Straße (auf Höhe des ehemaligen Güterbahnhofs) werden die unakzeptablen Vertiefungen im Pflasterbelag noch im laufenden Jahr behoben.
8. Die Verwaltung erstellt einen Masterplan, nach dem der Straßenzustand in Backnang nach und nach verbessert wird. Dazu gehören auch viele Straßen, die nie richtig erschlossen wurden und für die die Stadt immenses Geld für jährlich wiederkehrende Reparaturen aufbringen muss.

9. Die Verwaltung prüft, ob die Parkplätze am Anfang der Grabenstraße bis zur Kesselgassen-Treppe aufgegeben werden können – zugunsten einer geordneteren Verkehrssituation. Dort existieren die brenzlichsten Verhältnisse. Die Spielstraßenregelung ist beizubehalten. Zudem muss die Verwaltung das Parken und Rad fahren restriktiv kontrollieren – eine Zeit lang täglich.
10. Die Stadt legt eine Planung vor für innenstadtnahes Parken auf den Mühlwiesen. Dabei muss eine intelligente, umweltgerechte Lösung mit minimaler Versiegelung vorgesehen werden: ein „Parken im Park“. Der Parkplatz muss ein Vorzeigeprojekt für eine Symbiose von heutigem Bedarf und umweltgerechtem Vorgehen werden.
11. Zur besseren Beleuchtung der Innenstadt erarbeitet die Verwaltung einen Plan auf der Grundlage effizienter Energieformen. Die heutigen Gaslaternen spenden wenig Licht für teure Energie. Nächtliche Beleuchtung ist auch ein Aspekt der Sicherheit.
12. Die Stadtverwaltung stellt Überlegungen an für eine gute Vermarktung des heutigen VHS-Areals.
13. Der nicht besonders attraktive Güterschuppen am Bahnhof wird abgerissen und Raum für bezahlte Pendler-Parkplätze geschaffen. Damit entsteht in diesem Areal auch Platz für 3-Stunden-Parkplätze.
14. Den Bestrebungen zu einer Sperrzeitenverkürzung in der Innenstadt kommt die Verwaltung mit einem zunächst beschränkten Pilotversuch nach.
15. Wir beantragen, die Verwaltung möge in der Stadtbücherei ein Telecash-Gerät zur elektronischen Zahlung mit EC-Karten einrichten, damit Konzert- und Theaterkarten per Checkkarte bezahlt werden können, wie dies heute in fast allen Geschäften und Einrichtungen üblich ist.
16. Die Verwaltung berichtet dem GR über die heutige Akzeptanz des reduzierten Kulturangebots im Bürgerhaus.
17. Die Verwaltung tut alles in ihrer Macht stehende, das eine positive Entscheidung über den Vorlesungsstandort Backnang der Berufsakademie Stuttgart begünstigt.
18. Wir fordern erneut, dass im Verbund mit Hochschulen weitere Potenziale zur Innenstadt-Verschönerung entdeckt und entwickelt werden, beispielsweise mit Diplomarbeiten.